

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Z/YXI/130

Bonn, den 13. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Welche Politik ???</u>	50

Die guten Vorsätze des CDU-Vorsitzenden

2	<u>ZWISCHEN GESTERN UND HEUTE</u>	33
---	-----------------------------------	----

Erhard im Urteil von Freunden und Gegnern
vor und nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen

3	<u>Präzedenzfall Salzgitter</u>	45
---	---------------------------------	----

Görings "Stadt auf dem Reißbrett" stellt Ansprüche an den Bund
Von Klaus Rusticus, Hannover

4	<u>Freiheit nur als Auslandsware ?</u>	52
---	--	----

Freispruch für Sozialdemokraten in der CSSR
...aber die Bürger des Landes erfahren davon nichts

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Nur im gegenseitigen Verständnis füreinander
Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen
Ehrungen für Herbert WEHNER
JAKSCH an ERHARD
Wollen auch CDU/CSU 19. Novelle verschleppen?
Deutschland im Spannungsfeld zwischen Ost und West

Welche Politik ???

Die guten Vorsätze des CDU-Vorsitzenden

Der - Nichts kennzeichnet deutlicher die Verlegenheit der CDU als die am Tage ihrer Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen vor dem Vorstand der CDU vom Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Professor Erhard abgegebene Erklärung, er werde als Konsequenz der Niederlage "seine Politik energischer und konsequenter fortsetzen". Hier stockt schon der Atem: Welche Politik meint eigentlich der Bundeskanzler? Ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik hat am 10. Juli über die von ihm geführte Politik ein vernichtendes Urteil gesprochen - über eine Politik des Wankelmutes, der Entschlußlosigkeit, des Finassierens und Taktierens, des Zurückweichens vor dem Druck mächtiger Interessentenverbände, der vieler nicht eingehaltenen Versprechen. Die Unionsparteien haben dem Wählervolk vor den letzten Bundestagswahlen nicht gedeckte Schecks offeriert. Das brachte ihnen Erfolg. Freilich hat er nicht lange gehalten. Der Betrug ließ sich nicht verbergen und die Wähler an Rhein und Ruhr gaben darauf die Quittung. Die Spekulation auf das kurze Gedächtnis erwies sich als Fehlspekulation. Meint Erhard diese Art von Politik, die er nun "energischer und konsequent" weiterführen will?

Daß die Unionsparteien untereinander zerstritten sind, daß in Fragen der Deutschlandpolitik innerhalb der Führungsspitze unüberbrückbare Gegensätze bestehen, hat sich herangesprochen. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Barzzel ist bereit, das Grundgesetz aufzugeben und sowjetische Truppen auf deutschem Boden zu belassen, wenn dies zur Wiedervereinigung führe. Der CSU-Chef Franz Josef Strauß dagegen akzeptiert die Zwei-Staaten-Theorie Ulbrichts und damit den Status quo (siehe seine Londoner Rede). Ist das die Politik des Unvereinbaren, die Erhard als verantwortlicher Leiter nun energischer verfolgen wird? Eine Politik ohne Konturen, die geradezu die Unbeweglichkeit herausfordert.

Die schleichende Goldentwertung bereitet vielen Sparern schlaflose Nächte. Die oft vorzeitige Umwandlung von schwarzen in weiße Kreise ließ so etwas wie einen Klassenkampf zwischen Mietern und Vermietern aufkommen mit all seinen gefährlichen sozialen Spannungen und menschlichen Tragödien. Der Kapitalmarkt liegt im Sterben. Existenzangst kennzeichnet die Stimmung an der Ruhr. Das Fehlen einer Energiekonzeption bekommt nun auch die Stahlindustrie zu spüren, die Mißachtung des Rats von Sachverständigen schlägt schwer zu Buche - will Erhard eine Politik nun verstärkt fortsetzen, die zu all diesen Erscheinungen und Verzerrungen in unserem Gesellschaftsgefüge geführt hat? Das hieße das Übel vermehren.

Das Dilemma der Unionsparteien liegt aber nicht allein in der Person des Bundeskanzlers. Gewiß, der Mann mag einst seine Verdienste gehabt haben, aber sie liegen viele Jahre zurück und vieles davon ist Lebende. Vergangene Lorbeeren welken, diese Erfahrung erlebt nun auch die CDU. Die Frage nach einem Wechsel im Bundeskanzleramt und im Parteivorsitz stellt sich heute für viele CDU-Politiker. Doch kann ein personeller Wechsel die Schwierigkeiten dieser Partei beheben? Sie liegen tiefer, sie sind im Nichtvorhandensein einer modernen fortschrittlichen deutschen Innen- und Außenpolitik begründet. Die CDU leidet unter dem Übergewicht der in ihr wirkenden konservativen, rückwärts gewandten, sich der Zukunft verschließenden Kräfte.

ZWISCHEN GESTERN UND HEUTE

Erhard im Urteil von Freunden und Gegnern
vor und nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen

SPD-Pressedienst

Freitag, den 8. Juli 1966

Erhard abgemeldet

Sinkende Populäritätskurve des Bundeskanzlers

sp - Nach den Ausfällen des Bundeskanzlers im Revier steht für die CDU fest: Erhard eignet sich nicht einmal mehr als Wahllokomotive. Allgemeines Urteil in führenden CDU-Kreisen: Wer so haltlos aus den Tatsachen kippt, wie Erhard, wenn er einmal hart angepackt wird, beweist damit, daß ihm die Nerven fehlen, um schwierige Situationen durchstehen zu können...

Unabhängig von den Vorgängen im Revier melden sich in der CDU immer mehr Stimmen, die eine baldige Wachablösung an der Spitze der Partei und der Bundesregierung fordern. Wenn es bis jetzt noch gelungen sei, die Unzulänglichkeiten des Kanzlers der breiten Öffentlichkeit gegenüber zu verbergen, so werde dies, je näher die Bundestagswahl rücke, nicht mehr möglich sein. Sofort nach der Landtagswahl in NRW soll deshalb in einem vertrauten Kreis beraten werden, unter welchen Voraussetzungen Erhard "mit Anstand" abgeholt werden könne.

+

Kölnische Rundschau
(Der CDU nahestehend)

Mittwoch, den 13. Juli 1966

"CDU-Wahllokomotive versagte"

Gegen diese Stimmung ist schwer anzukommen

Neuer Spitzenmann 1969 ?

Bonn, 12. Juli. In der Bundeshauptstadt stellt man sich mit großem Nachdruck die Frage, welche Folgerungen die CDU aus ihrem Mißerfolg bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen ziehen wird. In den führenden Kreisen der Christlichen Demokraten ist der Schock des 10. Juli 1966 noch lange nicht überwunden. Mit ein deutliches Zeichen dafür ist das Bemühen, erst eine Wahlanalyse abzuwarten, bevor man mit der Kritik in den eigenen Reihen ansetzt. Man hütet sich, den "Schuldigen" in der falschen Richtung zu suchen. "... Aber gegen eine Stimmung, die sich auch in der CDU-Führungsspitze, im Bund und in den Landesparteien verbreitet, ist nur schwer anzukommen: Die "Wahllokomotive" hat versagt - der "Talisman" der CDU ist unwirksam geworden".... Darüber hinaus wird auch die Diskussion über die Frage einsetzen, mit welchem Spitzenmann die CDU 1969 in der Bundestagswahlkampf gehen wird. Namen von bewährten CDU-Politikern werden bereits genannt: Dufhues, Kiesinger, Schröder, Lücke, Strauß, Barzel. Aber in dieser Liste gibt es kaum einen, auf den sich die Partei ohne weiteres einigen könnte. Einig scheint sich die CDU zumindest darüber zu sein, daß das Gespräch über Erhards Nachfolge nur im geheimen geführt werden kann und daß die Autorität des Bundeskanzlers darüber keinen Schaden erleiden darf.

+ + +

Präzedenzfall Salzgitter

Görings "Stadt auf dem Reißbrett" stellt Ansprüche an den Bund

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die heute ca. 120 000 Einwohner zählende Großstadt Salzgitter im niedersächsischen Zonenrand will demnächst einen an die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Antrag auf Erfüllung von "Erstausstattungsansprüchen" stellen, deren rechtliche Motivierung vom längst verbliebenen "Vierjahresplan" des vor mehr als zwanzig Jahren ruinierten "1 000jährigen Reiches" abgeleitet wird. Die schon vor gut einem Jahr von dem international anerkannten Göttinger Professor des öffentlichen Rechts Dr. jur. Werner Weber in einem 80 Seiten langen Rechtsgutachten zusammengetragenen Fakten summieren sich zu einem einzigartigen Präzedenzfall, der, käme er zum Tragen, unbedingt noch weitere Ansprüche an die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des früheren "Deutschen Reiches" zur Folge haben würde.

Das heutige Salzgitter sollte einmal die Musterstadt des damaligen "Reichsmarschalls" Hermann Göring werden. Kraft diktatorischen "Gesetzes" ordnete der damalige Beauftragte des 1938 verkündeten und erst nach zweimaliger Verlängerung (1940 u. 1944) durch die totale Niederlage mottenkistenerreif gewordenen Vierjahresplans im November 1937 "den Standort der Salzgitter-Hütte und die sofortige Inangriffnahme aller zur Errichtung des Fütterwerkes notwendigen Maßnahmen an".

Daraus resultierte eine "Reißbrettplanung", die dem Größenwahn der damaligen Zeit entsprach. Es sollte eine Großstadt auf einem blanken Acker mit Untergrundbahnen und monumentalen Bauwerken à la München werden. Aufgrund eines Erlasses des "Reichsarbeitsministers" vom 7. 12. 1938 erließ der "Reichstatthalter von Braunschweig und Anhalt" ein Dekret, wonach 1942 ein gerade 3 000 Menschen großes Städtchen und 28 Dörfer in der damaligen "Großstadt Watenstedt-Salzgitter" zusammengeschlossen wurden. Aus der "Musterstadt" wurde 1945 ein Corso. Von 150 Millionen RM beantragter Finanzierungsmittel wurden 78 Millionen RM bewilligt, aber nur 35 Millionen RM gezahlt. Nach dem Kriege wurde aus Salzgitter das größte "Armenhaus der Bundesrepublik". Der 1949 ermittelte dringendste Kommunalbedarf belief sich auf über 120 Millionen DM. Die daraufhin vom 1. Bundestag beschlossene "Drucksache 1 220" sah kommunale Hilfsmaßnahmen vor. Bis 1958 flossen aus Bonn ca. 40 Millionen DM nach Salzgitter.

Nach dem in den letzten Jahren vollzogenen Wiederaufbau der Salzgitter-Industrie und der danach folgenden kommunalen Lasten errechnete die Stadt einen noch immer bestehenden "Nachholbedarf" von über 120 Millionen DM bis 1968. Ob und wann die Großstadt Salzgitter noch Bundesmittel erhalten wird, deren rechtliche Basis im "nazistischen Vierjahresplan" zu finden wäre, ist sehr zweifelhaft. Denn die nüchterne Frage des Gutachters, ob überhaupt noch heute von einem Erstausstattungsanspruch die Rede sein kann, wird von ihm grundsätzlich bejaht. Die Folge einer Anerkennung durch die Bundesrepublik wäre mithin ein Präjudiz, das auch für andere westdeutsche Städte Geltung erlangen könnte.

Freiheit nur als Auslandsware ?

Freispruch für Sozialdemokraten in der CSSR

... aber die Bürger des Landes erfahren davon nichts

sp - Im Jahre 1954 wurden viele tschechische Sozialdemokraten von Kreisgerichten in Prag und in der Provinz zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Die "moralische" Begründung für diese Urteile wurde von dem ehemaligen Sozialdemokraten Jiří Hajek geliefert. Hajek veröffentlichte nämlich just 1954 ein Buch mit dem Titel "Die schädliche Rolle der Rechtssozialisten in der Tschechoslowakischen Republik". Dort hieß es u.a.: "Die Nation und die Arbeiterklasse kann mit diesen Verbrechern nur auf dem Wege über die Sicherheitsorgane, die Staatsanwälte und die Gerichte sprechen". Hajek beschuldigte die Sozialdemokraten, "dem Bürgertum planmäßig zu dienen, die Arbeiterklasse planmäßig zu verraten". Die verbrecherischen Taten wurden zurückgeführt auf Befehl derer, "die danach streben, unser Land zu zerstören und unser Volk zu vernichten".

Drei der damals Angeklagten, nämlich Vladimír Görner, Václav Koubek und Zdeněk Kreidl, erhielten lebenslänglichen Kerker, zwei andere je 25 Jahre, die übrigen "kürzere" Freiheitsstrafen. - Unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit, nicht zuletzt aber infolge des Eintretens sudetendeutscher Sozialdemokraten für Görner und Genossen auf dem Hamburger Deutschlandtreffen der SPD wurden die Verurteilten vornehmlich fast zwei Jahren freigelassen, "begrüßigt". - Die Verurteilten hatten sich gegenüber den sudetendeutschen Sozialdemokraten immer anständig verhalten. Ihr "Verbrechen" bestand in den Augen der Kommunisten darin, daß sie sich der Gleichschaltung ihrer Partei mit der kommunistischen Ideologie widersetzt hatten.

Nun hat das Oberste Gericht die Urteile über diese Sozialdemokraten aufgehoben und in der Begründung für diesen Schritt unter anderem angeführt, daß das Beweismaterial gegen sie von der Polizei erfunden und geliefert worden war. - Die Verteidigung hat jedoch nicht vermocht, die durch das Urteil von 1954 ausgesprochene Bewertung der sozialdemokratischen Partei aufheben zu lassen; der Staatsanwalt meinte, die Entscheidung über eine solche Frage komme nicht dem Obersten Gericht zu.

Es ist das erste Mal, daß kommunistische Gerichte Sozialdemokraten freisprechen. So sehr man im kommunistischen Lebensbereich bürgerliche Scheinparteien duldet - sozialdemokratische Scheinparteien sind undenkbar. Allein der Name "Sozialdemokratie" würde genügen, den Schwindel mit dem sozialistischen Inhalt der kommunistischen Ideologie zu entlarven.

Man glaube jedoch nicht, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei durch die Aufhebung der Urteile den Völkern der Tschechoslowakei die Hinwendung der KP zu Gerechtigkeit und Menschlichkeit vor Augen führen wollte. In der Tschechoslowakei hat man nämlich die Meldungen über den Beschluß des Obersten Gerichtes unterdrückt. Es war der Prager Berichterstatter der italienischen Zeitung Il Giorno, der das Ereignis seiner Zeitung mitgeteilt hat.

Die fünf in Prag verurteilten "Hauptverbrecher" sind also nun frei. Aber es wurden 1954 außer dem Hauptprozeß in Prag in fast allen Industriestädten Sozialdemokraten mit der gleichen Begründung angeklagt, die zur Verurteilung der Görnergruppe geführt hat. In Brünn, Königgrätz, Karlsbad, Reichenberg, in Mährisch-Ostau und Aussig und in vielen anderen Orten hat man tschechische Sozialdemokraten ins Gefängnis geschickt - zur Freude der Hajeks und anderer "Patrioten". Wird man diese vielen anderen nun auch freilassen oder wird es bei der Freilassung der Prag-Gruppe bleiben?